

8. Europaministerkonferenz in Passau

01./02.09.1994

Beschluß

TOP 7: Finanzbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union

1. Die Europaminister und -senatoren der Länder nehmen Kenntnis vom Bericht der Arbeitsgruppe über die Finanzbeziehung der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union. Sie betonen auch angesichts der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Milliardenhilfe für Mittel- und Osteuropa und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion die Dringlichkeit des Themas.
2. Die Europaministerkonferenz hält eine gerechtere finanzielle Lastenteilung innerhalb der Europäischen Union für notwendig; dies könnte im Rahmen der Vorbereitungen eines neuen Eigenmittelbeschlusses erfolgen.
3. Die Europaministerkonferenz beauftragt ihre Ständige Arbeitsgruppe, die Abstimmung mit den entsprechenden Fachministerkonferenzen herbeizuführen und eine Beschlußfassung für einen gemeinsamen eigenständigen Entwurf der Länder für die Gesamtdebatte zu diesem Thema auf nationaler und europäischer Ebene vorzubereiten.
4. Die Bundesregierung wird gebeten, dem ungerechtfertigten Junktim Italiens, das eine Zustimmung zum Eigenmittelbeschluß von dem Erlaß der Milliardennachforderungen der Europäischen Union wegen Verstoßes gegen die Milchquotenregelung abhängig macht, nicht nachzugeben.

Protokollnotiz Brandenburg und Sachsen-Anhalt zu Ziffer 2 TOP 7:

Brandenburg und Sachsen-Anhalt halten die Einordnung der Diskussion über die finanzielle Lastenteilung innerhalb der Europäischen Union in den Gesamtzusammenhang

der deutschen EU-Mitgliedschaft für erforderlich. Eine rein fiskalische Diskussion wird den Erfordernissen und Perspektiven der europäischen Integration nicht gerecht.